

Haushaltsrede

von Petra Vogt,
Vorsitzende der CDU-Ratsfraktion

am Montag, 28. März 2011

Sperrfrist: Beginn der Rede

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

wieder einmal stehen die Haushaltsberatungen im politischen Jahr an. Wieder einmal offenbaren die Zahlen des Kämmerers Dr. Peter Langner nichts Gutes für unsere Heimatstadt: Die Verschuldung steigt minütlich um tausende Euro, die Kassenkredite, die zur Finanzierung der zahlreichen pflichtigen wie freiwilligen Leistungen aufgenommen werden, bergen im Kern ein Sprengpotenzial, das bei stark ansteigenden Zinsen nicht mehr beherrscht werden kann. Das prognostizierte Defizit für dieses Jahr liegt bei rund 200 Mio. Euro, wieder einmal kann die Stadt Duisburg ihre laufenden Ausgaben nicht mit den laufenden Einnahmen decken. Die Gründe für diese schlimme Entwicklung sind vielfältig, einige von außen heran getragen, einige aber auch hausgemacht. Die Schuldenkrise in Griechenland, jetzt wahrscheinlich auch in Portugal und Spanien, haben gezeigt: Ohne Einschnitte geht es nicht, wenn man 1. einen ausgeglichenen Haushalt haben möchte und 2. die Hilfe von anderen verlangt.

Und wie strahlen diese Erkenntnisse auf die Politik in Duisburg aus? Welche Schlüsse zieht man aus der offenkundigen Not zur Haushaltskonsolidierung und dem Sparen auch an lieb gewonnenen Einrichtungen und Ausgaben?

Keine, meine Damen und Herren.

Das neue kommunistisch dominierte Bündnis aus SPD, Linke und Grünen hat sich vielmehr ganz auf die Linie ihres neuen finanzpolitischen Vorbilds, Minderheits-Landeschefin Hannelore Kraft, begeben. Schuldenmachen ohne auf die Folgen zu achten, Geld ausgeben ohne darüber nachzudenken, dass es auch andere Wege und

Möglichkeiten gibt, und ganz wichtig: Aktuelle Ereignisse und Erkenntnisse sowie fest verankerte Gesetze und Grundsätze der Finanzpolitik ignorieren.

Das sich selbst das höchste Gericht in NRW dazu genötigt sah, in nicht gekannter Schärfe und Eindringlichkeit dieses ganz eindeutige Fehlverhalten, ja vorsätzliche Beschädigung der finanziellen Handlungsfähigkeit unseres Landes anzuprangern, ist schon ein einmaliges Vorgehen in ganz Deutschland. Aber auch hier zeigt sich, dass das Misch-Masch aus vermeintlichen Sozialromantikern, Möchtegern-Ministern und linkem Bodensatz sich von ihrem Weg des Schuldenmachens nicht abbringen lassen wollen. Aber wir werden ja noch sehen, wohin der Weg geht. Bekanntlich sind ja schon mehrere Systeme zu spät geändert oder still gelegt worden. Auch hier wird die Zeit zeigen, wo die Wahrheit liegt. Zumindest liegt sie nicht im ungezügelten Schuldenmachen.

Doch zurück nach Duisburg: Mit ihrem ersten beschlossenen Haushalt im letzten Jahr und dem Haushaltssicherungskonzept zur Verhinderung von Einsparungen und dafür mit umso gigantischeren Steuererhöhungen hat die rot-rot-grüne Combo direkt gezeigt, dass sie es nicht kann: Der vor kurzem vom Kämmerer vorgelegte Controllingbericht für das Jahr 2010 zeigt erschreckende Zahlen und Ergebnisse: Nicht nur, dass die wenigen rot-rot-grünen Sparbeschlüsse nicht oder nur zum Teil umgesetzt werden konnten, sondern auch, dass die Akquirierung neuer Einnahmen aus dem SPD-Handbuch total versagt hat. Oder sollte ich sagen, einfach nichts eingebracht hat außer Mehraufwand bei der Verwaltung?

Exemplarisch möchte ich hier einmal Beweise Ihres finanzpolitischen Versagens aufzeigen, damit zumindest die etwas Vernünftigen von Ihnen,

meine Damen und Herren hier links von mir, sehen, dass es so nicht weitergehen wird:

Ihre Bettenabgabe hat nicht nur zu einem erhöhten Mehrbedarf an Personal geführt, weswegen u. a. die Einsparungen im Personalbereich nicht eingehalten werden, sondern hat auch zu einem signifikantem Einbruch bei den Übernachtungszahlen in Duisburg geführt. Im Ruhrgebiet ist für den Monat Januar ein Übernachtungsplus von 9,8 Prozent festzustellen, in Duisburg gibt es ein Minus von 23,1 Prozent für diesen Monat. Das ist nicht nur schade, sondern vor allem ein gefährlicher Standortnachteil für das Übernachtungs- und Hotelgewerbe in unserer Stadt.

Ihre großzügig kalkulierten Gewerbesteuerzinsen von 1,2 Mio. € sind leider aus Sicht der Stadt nicht so zugeflossen, wie Sie sie im Hinterstübchen Ihrer Parteizentralen ausgewürfelt haben. Aber auch das war absehbar. (737.801 = 447.198 weniger als veranschlagt)

Der größte Flop aber ist die Einstellung von 210.000 Euro für die Vermietung von Dachflächen für Solaranlagen. Wissen Sie, wie viel Geld diese von Ihnen ausgekugelte Einnahmemöglichkeit gebracht hat?

Nichts, rein gar nichts.

Da fragt man sich schon, wie soll Kommunalpolitik funktionieren, wenn es zur Finanzierung weiterer freiwilliger Aufgaben für einen geringen Teil der Duisburger Bürgerinnen und Bürger nur darum geht, irgendeine Gegenposition in den Haushalt einzustellen, obwohl sich alle Fachleute einig sind, dass das so nicht funktionieren wird? Ich frage mich, ob das nicht der vorsätzliche Versuch ist, die Stadt und ihre Menschen bis

auf den letzten Heller ausbluten zu lassen, nur damit es in Ihrem parteipolitischen Sinne weiter geht.

Aber werfen wir einen Blick auf die Fortschreibung ihres – so genannten Haushaltssicherungskonzepts – für dieses Jahr: Auch hier machen Sie da weiter, wo Sie am 22. März 2010 mit dem Beschluss für den letztjährigen nicht genehmigungsfähigen Haushalt aufgehört haben: Beim unwiederbringlichen Substanzverzehr des Vermögens und der Schröpfung der Duisburger Bürgerschaft.

Doch diesmal wollen Sie alle zur Kasse bitten: Mit ihrer Erhöhung der Grundsteuer treffen Sie nicht nur die – nach Meinung der Linken – zahlreichen Millionäre der Stadt, sondern jeden Bürger, ob Arbeitssuchenden, Kindergärtnerin oder Familienvater von 3 Kindern. Sie brauchen das Geld, um Ihr System der Finanzierung fragwürdiger Klientelpolitik fortsetzen zu können. Und anscheinend schrecken Sie nicht mal davor zurück, es wirklich allen aus der Tasche zu ziehen, egal ob da nur Groschen oder Scheine drin sind.

Das Schlimmste daran ist, dass diese für Sie zusätzlichen Einnahmen aus dem Portmonee der Duisburgerinnen und Duisburger nicht für einen möglichen Haushaltsausgleich in den nächsten Jahren bestimmt sind, sondern nur für Ihre zahlreichen Projekte und Gesellschaften, die mit ihren Parteibüchern die Partei der Genossen am Leben erhalten.

Für die CDU-Fraktion will ich hier noch mal eindeutig zu Protokoll geben: Wir sind gegen die Erhöhung der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und der Kurtaxe für den „Luftkurort Duisburg“.

Wir wollen eine seriöse und nachhaltige Finanzpolitik und kein Rumgetrickse auf dem Rücken der Duisburger Bürgerschaft.

Wir wollen, dass zunächst die Sparpotenziale in unserem Haushalt voll ausgeschöpft werden, bevor wir Steuererhebungen beschließen.

Wir sind zu harten, aber bei dieser Kassenlage notwendigen Einschnitten bereit, wenn als Ergebnis ein Haushaltsausgleich mit Hilfe des Bundes und Landes in absehbarer Zeit möglich wird.

Der Bund hat bereits den ersten Schritt unternommen und wird in den nächsten drei Jahren die Kosten der von der damaligen rot-grünen Bundesregierung zu Lasten der Städte initiierten Grundsicherung für Ältere komplett übernehmen und den Duisburger Haushalt damit im zweistelligen Millionenbereich entlasten.

Deswegen ist es uns, den Mitgliedern des Rates als oberstes Willenbildungs- und Beschlussorgan unserer Stadt, dringend geboten, mit großer Ernsthaftigkeit praktisch und realistisch ein richtiges Haushaltssicherungskonzept zu beschließen. Dafür steht die CDU-Fraktion bereit, wir werden uns einem gangbaren Weg der Haushaltseinsparung nicht verschließen, auch wenn dies zu Einschnitten und Verlusten für die Duisburger Bevölkerung führen könnte. Aber Politik kann nicht nur verkünden und sich feiern lassen, sondern muss auch bereit sein, für unvermeidliche Entscheidungen den Kopf gegen den Wind oben zu behalten.

Lassen Sie uns über die echten Einsparungen reden, bevor wir die Duisburgerinnen und Duisburger weiter belasten.

Lassen Sie uns über zusätzliche Einnahmen reden, wenn ein Haushaltsausgleich machbar ist.

Und vor allem, lassen wir das Gerede über die vermeintlich harten Kürzungen und Streichungen in einzelnen, öffentlichkeitswirksamen Bereichen, wenn wir in wenigen Jahren davor stehen, alles, aber wirklich alles schließen zu müssen. Denn die CDU-Fraktion wird nicht dafür verantwortlich sein, wenn hier am Rathaus ein Schild genagelt wird: „Wegen Bankrott geschlossen.“

Wir als gewählte Vertreter der Bürger unserer Stadt müssen im Sinne dieser, aber auch der nächsten Generationen handeln. Wir müssen gemeinsam alles dafür tun, dass in dieser Stadt mehr Menschen Arbeit haben, weniger Schulden gemacht werden und vor allem sich eine realistische Betrachtung der derzeitigen Lage in unseren Köpfen als Ratsmitglieder festsetzt. Nur so schaffen wir es, die Zukunftsfähigkeit Duisburgs unter Beweis zu stellen und nach außen zu dokumentieren, dass wir uns der schlimmen Lage unserer Heimatstadt nicht nur bewusst sind, sondern auch entsprechend verantwortungsvoll handeln!

Abschließend möchte ich namens der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Duisburg all denen in der Verwaltung, die die schwierigen Aufgaben der Haushaltskonsolidierung und der Rationalisierung mittragen, danken. Das sind nicht nur der Oberbürgermeister und der Stadtkämmerer, sondern es sind all diejenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich konstruktiv und guten Willens an der Problemlösung beteiligen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!